

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886846 spbn d



## Inhalt

Bodo Hombach, Landesgeschäftsführer der SPD Nordrhein-Westfalen, kommentiert Risiken und Chancen der neuen Unions-Strategie: Geißler statt Strauß. Seite 1

Professor Norbert Greinacher erinnert an den vor fünf Jahren ermordeten Erzbischof von San Salvador, Oscar Romero: Verpflichtung zur Solidarität. Seite 3

Werner Hollwich MdL verurteilt die hinhaltende Haltung Bayerns zur illegalen Leiharbeit: Ermutigung für Sklavenhändler. Seite 5

### Dokumentation

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD hat auf ihrem Dortmunder Kongreß Arbeit und Umwelt gefordert, das Umweltauto in Nachverhandlungen durchzusetzen. Wir veröffentlichen die Resolution im Wortlaut. Seite 6

40. Jahrgang / 58

25. März 1985

### Geißler statt Strauß

Risiken und Chancen der neuen Unionsstrategie

Von Bodo Hombach

Landesgeschäftsführer der SPD Nordrhein-Westfalen

Wenige Wochen vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl bot der CDU-Bundesparteitag Beobachtern den Beweis, daß die Union noch immer keine rechte Einstellung zu Nordrhein-Westfalen gewinnen konnte. Das Land und seine Menschen bleiben der CDU fremd: Verdrängung statt Konzeption.

- Der gegenwärtige CDU-Spitzenkandidat für Nordrhein-Westfalen spürte schon die Einsamkeit des Verlierers: Zum Statisten degradiert, einflußlos und bemerkenswerterweise auch von Helmut Kohl sichtbar auf Distanz gehalten. Herrn Worms, der sein Wahlziel für die CDU inzwischen selbst bei bescheidenen 40 Prozent ansetzt, wurde noch zugemutet, mit Herrn Bangemann den Kostgänger im eigenen Hause zu dulden, wohl wissend, daß ein Zugewinn der FDP auf Kosten der Union mit einiger Sicherheit zu seinem persönlichen Desaster führen wird.

- Helmut Kohl, dem ein feines Gespür für personelle Macht-konstellationen nachgesagt wird, hat bereits die Weichen für den Tag nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl gestellt: Der Worms-Vorgänger und aussichtsreichste Nachfolger Kurt Biedenkopf wurde prophylaktisch kaltgestellt. Die Tatsache, daß der westfälische CDU-Vorsitzende ungeachtet der öffentlichen Fürsprache von Bernhard Worms bei der Wahl zum CDU-Präsidium durchfiel, zeigt, wie unernst es der Bonner Führung der Union mit dem Land und der Landtagswahl ist. Dabei ist die Desavouierung Biedenkopfs nicht etwa ein Liebesdienst für Worms, sondern nur als Selbstschutzmanöver der Herren Kohl und Geißler zu verstehen, die in Biedenkopf den potentesten Kritiker der gegenwärtigen Bonner Regierungspolitik sehen.

- Das Bemerkenswerteste ist aber, daß entgegen allen großspurigen Ankündigungen sich die Berater im Kanzleramt durchgesetzt haben dürften, die für die Entkopplung des Kanzlerschicksals vom Ausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl plädieren. Die Verantwortung ist sichtbar auf den Bonner Parteiapparat und seinen Sekretär ausgelagert worden.

Hierin liegt aus Sicht der SPD ein neues Risiko und eine neue Chance: Daß das Adenauerhaus großangelegte Materialschlachten zu entfesseln weiß, denen die SPD schon aus Finanzgründen Ähnliches nicht entgegensetzen kann, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, daß Heiner Geißler der effizienteste Demagoge der Nachkriegszeit ist. Nachdem die NRW-CDU den Wahlkampf mangels Themen und Personen schon als Skandal- und Prozeßwahlkampf angelegt hat, dürfte Geißler die Auseinandersetzungen jetzt in bekannter Manier brutalisieren.

Jeder muß wissen, daß wir es hier mit einer dramatischen Wende der CDU-Wahlkampfstrategie zu tun haben: Mit der Geißler'schen Linie werden keine neuen Wählerschichten erschlossen. Die Union setzt also nicht mehr auf Sieg. Ihr Angriff gilt stattdessen den klaren Verhältnissen in Nordrhein-Westfalen. Ihr Ziel ist, die nächste Regierung Rau vor unsichere Mehrheitsverhältnisse zu stellen, um sie dann auf Dauer zermürben zu können.

Gegen dieses schlaue Funktionärskalkül muß die SPD nicht nur ihre eigenen Reihen formieren, sondern auch potentielle Wähler der CDU aufwiegeln, denen das Landesinteresse wichtiger als Chaos-Taktik ist. Während Worms lediglich ein Beispiel für die Regierungsunfähigkeit der NRW-CDU abgab, aber mangels politischer Substanz kaum Angriffspunkte bot, ist Geißler aus anderem Holz geschnitten. Er, der für kühl kalkulierte Beleidigungen steht, ist die Personifizierung des politischen Unterschieds.

Hier werden wir ansetzen. Brachte im Landtagswahlkampf 1980 Strauß mit seinen damaligen Sonthofen-Tönen den notwendigen Mobilisierungsschub in unsere eigenen Reihen, so ist schon jetzt absehbar, daß 1985 Heiner Geißler genau dies leisten kann: die Entschlossenheit unserer Partei und die zusätzliche Motivation der nordrhein-westfälischen Wählermehrheit entscheidend zu fördern.

1980 lautete der Schlußslogan der Sozialdemokraten: "Wählen gehen statt Strauß".  
Herr Geißler braucht nur noch wenig zuzulegen, um zu ähnlichen Ehren zu kommen:  
Stopp Geißler! (-/25.3.1985/rs/ks)

+ + +



**Gefährliche Erinnerung an Oscar Romero**  
-----

Zum 5. Jahrestag der Ermordung des Erzbischofs von San Salvador

Von Professor Norbert Greinacher

Herbert Marcuse schreibt einmal: "Die Erinnerung an die Vergangenheit kann gefährliche Einsichten aufkommen lassen, und die etablierte Gesellschaft scheint die subversiven Inhalte des Gedächtnisses zu fürchten. ... Das Gedächtnis ruft vergangene Schrecken wie vergangene Hoffnung in die Erinnerung zurück."

Wenn wir uns heute daran erinnern, daß vor fünf Jahren, exakt am 24. März 1980, der Erzbischof von San Salvador, Oscar Romero, am Altare, durchsiebt von den Maschinengewehr- und Handfeuerwaffen der Todesschwadron, ermordet wurde, so ist dies in der Tat eine gefährliche Erinnerung. Dieser Mord war die logische Konsequenz der Entscheidung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Puebla im Jahre 1979, die sich für die vorrangige Option für die Armen ausgesprochen hat.

Diese bedingungslose Entscheidung für die Armen ist für die lateinamerikanischen Christen eine spirituelle und eine politische Entscheidung zugleich. Sie ist eine spirituelle Entscheidung, weil sie motiviert ist durch die befreiende Botschaft des Jesus von Nazareth. Sie ist aber zugleich auch eine politische Entscheidung, weil sie sich den Menschen in all seinen Dimensionen verpflichtet weiß und weil deutlich geworden ist, daß die Verwirklichung des christlichen Gebotes der Nächstenliebe heute politisches Engagement erfordert.

Auch Erzbischof Romero von San Salvador hat durch sein Leben exemplarisch gezeigt, welche Konsequenzen eine solche Entscheidung für die Armen mit sich bringen kann. So heißt es in einem Hirtenbrief der salvadorianischen Bischofskonferenz vom 5. März 1977: "Auf die Gefahr hin, mißverstanden und verfolgt zu werden, die Kirche kann nicht vermeiden, ihre Stimme zu erheben, wenn die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft anhält. Sie kann nicht schweigen, wenn Menschenrechte niedergedrückt werden, auch nicht in konkreten Fällen."

Noch kurz vor seiner Ermordung erklärte Erzbischof Romero: "Man kann mich töten, aber nicht die Stimme der Gerechtigkeit." 30 lateinamerikanische Bischöfe würdigten in einem Solidaritätsbrief an Erzbischof Romero seinen Einsatz: "Die Verfolgung richtet sich gegen den Dienst einer gesamten Kirche, der auf die christliche Befreiung vieler verarmter und unterdrückter Salvadoraner abzielt, denen, ausgeschlossen von jeder Brüderlichkeit, das Antlitz Gottes, unseres Vaters, daher unsichtbar ist. Während dieser zwei Jahre haben wir solidarisch den Fortgang des seelsorgerischen Einsatzes für die Armen verfolgt. Du hast die Probleme und Kämpfe der Kleinbauern und Arbeiter gegen eine Minderheit, die hartnäckig auf Reichtum und Macht besteht und die nicht gerecht teilen will, immer mehr zu den Deinen gemacht. Du hast es nicht nur verstanden, für sie zu sprechen, sondern hast auch tapfer ihr Recht darauf verteidigt, eigene Gemeinschaften und Organisationen zu bilden und sie ermutigt und unterstützt. In all dem bist Du mit einer immer größeren Treue deinen seelsorgerischen Verpflichtungen nachgekommen, wie wir es in Medellin anstrebten."

Für Erzbischof Romero war diese Option für die Armen nicht nur ein Lippenbekenntnis. Als er am 1. Juli 1977 von dem durch einen Wahlbetrug an die Macht gekommenen



Präsidenten zur Übergabezeremonie eingeladen wurde, lehnte er ab. Als Bedingungen zur Aufnahme des Dialoges zwischen dem Präsidenten und ihm gab er an: Ein Ende der Repressionen gegen das Volk, Aufdeckung der Morde an Priestern und Katechisten, Rückkehr aller ausgewiesenen Priester.

Am 17. Februar 1980 schrieb Erzbischof Romero einen Brief an den nordamerikanischen Präsidenten Carter, der heute, fünf Jahre danach, noch nichts an Aktualität eingebüßt hat. In dem Brief heißt es unter anderem: "Ich bin sehr besorgt über die Nachricht, daß die Vereinigten Staaten eine Möglichkeit in Betracht ziehen, die das Aufrüsten von El Salvador begünstigt... Falls dieser Zeitungsbericht korrekt ist, wird der Beitrag Ihrer Regierung anstelle von Gerechtigkeit und Frieden in El Salvador sicherlich mehr Ungerechtigkeit bringen, und er wird die Unterdrückung verschärfen, die gegen die Organisationen des Volkes gerichtet ist - gegen den Kampf um die fundamentalsten Menschenrechte. Die jetzige Junta, vor allem das Militär und die Sicherheitsorgane, haben leider ihre Fähigkeiten nicht beweisen können: Die schwerwiegendsten nationalen Probleme sind nicht beseitigt worden, weder in der täglichen nationalen Politik noch bezüglich der ungesunden Strukturen des Landes. Im allgemeinen haben sie nur repressive Gewalt angewandt.... Als Bürger von El Salvador und als Erzbischof der Diözese von San Salvador habe ich die Aufgabe, für Glauben und Gerechtigkeit in meinem Land einzutreten. Deshalb bitte ich Sie - in der Annahme, daß Sie wirklich die Menschenrechte verteidigen wollen - um zwei Dinge: Unterbinden Sie alle militärische Hilfe an die Regierung von El Salvador. Garantieren Sie, daß Ihre Regierung nicht intervenieren wird, weder direkt noch indirekt: weder militärisch noch wirtschaftlich noch diplomatisch; daß sie keinerlei Pressionen ausübt, um das Schicksal des Volkes von El Salvador zu beeinflussen."

Nichts Entscheidendes hat sich unterdessen geändert. Unter der Regierung des christdemokratischen Präsidenten Duarte wird weiterhin gemordet und gefoltert. Die Zivilbevölkerung muß unter den Angriffen der von Nordamerika subventionierten salvadorianischen Armee Entsetzliches leiden und wird systematisch bombardiert. Und es ist ein offenes Geheimnis, daß die nordamerikanische Regierung, vor allem durch ihren Botschafter in San Salvador, die Regierung von Duarte bereits fallengelassen hat und wieder wie schon so oft die rechtsextremistischen politischen Kräfte in El Salvador unterstützt.

Kurz vor seinem Tode, in den letzten Februartagen 1980, gab der Erzbischof der mexikanischen Zeitung "Excelsior" ein Interview, in dem er sagte: "Mein Leben ist manchmal bedroht worden. Ich kann sagen: Als Christ glaube ich nicht an einen Tod ohne Auferstehung. Wenn sie mich töten, werde ich auferstehen im Volke von El Salvador. Ich sage dies nicht überheblich oder stolz, sondern so demütig ich kann. Als Hirte bin ich verpflichtet, mein Leben zu geben für diejenigen, die ich liebe, für das ganze Volk von El Salvador, selbst für diejenigen, die mich töten wollen. Sollten sie so weit gehen und ihre Drohungen ausführen, so will ich Gott schon jetzt mein Blut anbieten für Gerechtigkeit und Auferstehung in El Salvador. Das Martyrium ist eine Gnade, derer ich nicht wert bin. Falls Gott das Opfer meines Lebens annimmt, hoffe ich, daß mein Blut wie der Samen der Freiheit sein wird und ein Zeichen, daß unsere Hoffnungen bald Wirklichkeit werden. Mein Tod wird ein Beweis der Hoffnung für die Zukunft sein, und zugunsten meines Volkes will ich sterben. Ein Bischof wird sterben, aber die Kirche Gottes, das ist die Kirche des Volkes, wird nie verschwinden."

Für die Christen müssen solche Worte ein verpflichtendes Vermächtnis sein. Zum einen werden sie sich in ihrer Kirche dafür einzusetzen haben, daß die Theologie der Befreiung und die Praxis der Befreiung in der Kirche selbst nicht einer kurzsichtigen, neokolonialistischen, antikommunistischen Kirchenpolitik geopfert wird. Viel mehr aber ergibt sich darüber hinaus die Verpflichtung, sich zu solidarisieren mit den Frauen und Männern in El Salvador, die seit Jahren in einem verzweifelten Befreiungskampf stehen und sich einsetzen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit, für die Freiheit ihres Volkes, für das Erzbischof Romero gestorben ist. Wir dürfen jene Frauen und Männer nicht allein lassen, wenn wir uns an Oscar Romero erinnern. Die Erinnerung an Romero muß - jenseits eines historischen Gedächtnisses - eine gefährliche Erinnerung für uns alle sein.

(-/25.3.1985/rs/ks)

**CSU blockiert Verbot der Leiharbeit**

Mittelstand wird durch illegale Beschäftigungspraktiken schwer geschädigt

Von Werner Hollwich MdL

Die in den Lobreden der CSU überschwänglich verfolgte Mittelstandspolitik, die auch vom bayerischen Wirtschaftsminister Jaumann immer wieder wohlklingend beschworen wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als Sonntagshetorik, wenn es um die Lösung konkreter Mißstände geht.

Ein nahezu ungehemmter Wildwuchs illegaler Beschäftigungspraktiken drängt gegenwärtig immer mehr kleine und mittlere Betriebe an den Rand des Ruins. Die Entwicklung hat nach Meinung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, inzwischen "beängstigende Ausmaße angenommen" und vernichtet jährlich 100.000 legale Arbeitsplätze. Die volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden, die durch entgangene Sozialversicherungsbeiträge und Steuerverluste schon entstanden sind, bewegen sich in Milliardenhöhe.

Wenn es aber darum geht, dagegen wirksam und kompromißlos vorzugehen, drückt die CSU politisch auf die Bremse. Ein entschlossener und wirksamer erster Schritt zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigungspraktiken wäre das sofortige Verbot von Leiharbeit. Die Landtagsfraktion der SPD fordert deshalb die Staatsregierung und CSU dringend auf, ihre halbherzige Politik in diesem Bereich endlich aufzugeben, um dadurch den kleinen und mittleren Betrieben im Handwerk und Gewerbe zu helfen.

Wie die CSU unfällt, wenn es tatsächlich zur Nagelprobe kommt, konnte man wieder jüngst im bayerischen Landtag erleben, als von ihr ein generelles Verbot von Leiharbeit verhindert wurde. Dies hatte die SPD-Fraktion in einem Antrag gefordert. In der Praxis der betroffenen Branchen befinden sich zehnmal soviel illegale Leiharbeiter auf dem "Markt" als legal registriert sind. Bei der Leiharbeit hat sich inzwischen ein "Sumpf" gebildet, der endlich trocken gelegt werden muß. Die einzige Chance, diese Mißstände rasch zu beseitigen, liegt darin, ein generelles Verbot des Vermietens von Menschen als Arbeitskräfte schnellstens durchzusetzen.

Bei den Ausschüßberatungen hatten die CSU-Sozial- und Wirtschaftspolitiker noch dem allgemeinen Verbot jeglicher Leiharbeit zugestimmt. Eine unverständliche Kehrtwende schlug die CSU aber ein, als es im Landtag zum Schwur kommen sollte. Mit fadenscheinigen Argumenten wie "man habe in beiden Ausschüssen den SPD-Antrag nicht richtig gelesen" und "das Recht auf Berufsausübung sei verfassungsmäßig geschützt, auch das des Arbeitskräfteverleihers", wurde der parlamentarische Umfall entschuldigt. Dies klingt so absurd, als wolle man auch einem Hochstapler oder Heiratsschwindler ein verfassungsmäßiges Recht auf Berufsausübung sichern. Diese Politik führt im Ergebnis dazu, daß die kleinen Gewerbetreibenden, die rechtmäßig Sozialabgaben und Steuern entrichten und die Schutzrechte ihrer Arbeitnehmer respektieren, wirtschaftlich immer mehr an den Rand des Ruins gedrängt werden.

Diese wankelmütige Politik des Zauderns ist zutiefst mittelstandsfeindlich und letztlich eine politische Ermutung des modernen Sklavenhandels in einer Industriegesellschaft wie der Bundesrepublik. Man darf gespannt sein, wie lange die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammer und andere mittelständische Interessenverbände diesem doppelten Spiel der CSU noch länger untätig zuschauen. (-/25.3.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

**AfA: Umweltauto in Nachverhandlungen durchsetzen**  
-----

Der Kongreß "Arbeit und Umwelt" der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD beschloß am Wochenende in Dortmund eine Resolution zum Umweltauto. Wir dokumentieren den Wortlaut.

"Nach Scheitern der Bundesregierung bei der schnellen Einführung abgasarmer Autos stellen die Teilnehmer des Kongresses fest:

Nach der monatelangen Verunsicherung der Automobilbranche ist das Ergebnis der EG-Ministerberatung zur Einführung des abgasarmen Autos eine deprimierende Niederlage für den Wald und eine verpaßte Chance zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft. Die jetzt so dringend notwendige Schadstoffminderung aus dem Kraftfahrzeugverkehr wird bis in das nächste Jahrtausend verschoben.

Das Konzept der Bundesregierung ist auf ganzer Linie gescheitert. Bundesminister Zimmermann hat eine drastische Lockerung der amerikanischen Abgasgrenzwerte zugelassen. Der beschlossene Terminplan verschiebt nun die verbindliche Einführung des abgasarmen PKW zehn Jahre weiter als ursprünglich von Zimmermann angekündigt.

Bei den Verhandlungen ist bisher jede Chance vertan worden, ein besseres Ergebnis zu erzielen:

1. Die Bundesregierung hat jedes bessere Verhandlungsziel schon dadurch verspielt, daß sie 1983 nicht auf den sogenannten Gesundheitsvorbehalt nach dem EG-Vertrag hingewiesen hat.
2. Die Glaubwürdigkeit der deutschen Positionen in Brüssel, alle Maßnahmen für die Rettung des Waldes zu ergreifen, ist durch die Unterlassung der Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen und Landstraßen nicht sehr hoch gewesen.

Mit Verbitterung beobachten wir jetzt die Versuche des Bundesinnenministers, durch Beschönigung dieses katastrophalen Ergebnisses die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen:

Es ist falsch, daß nun über die sogenannten "europäischen Abgasstandards" die gleichen Emissionsminderungen wie mit den amerikanischen Abgasstandards erzielt werden sollen.

Auch das Konzept der Bundesregierung zur finanziellen Begünstigung abgasarmer PKWs ist insbesondere für Kleinwagen bis zur Wirkungslosigkeit entstellt worden. Mit der Obergrenze von 750,- DM für die Begünstigung von Kleinwagen ist die Katalysator-technologie für diese Wagenklasse nicht mehr interessant. Ein Mercedes wird dagegen mit 2.000 DM begünstigt. Der kleine Mann zahlt also wieder einmal die Zeche.

Mit uns fragen Millionen Autofahrer und Arbeitnehmer sowie viele Unternehmer: Wann endlich nimmt der Bundeskanzler in dieser zentralen umwelt- und beschäftigungspolitischen Frage die Zügel in die Hand?

Wir fordern den Bundeskanzler auf, diesen faulen, nicht akzeptablen Kompromiß Ende des Monats beim EG-Gipfel nachzuverhandeln:

1. Schnellere Einführung des abgasarmen Autos im Rahmen einer verbindlichen Lösung.
2. Wirksamer und bürgernaher Anreiz für die Anschaffung und Umrüstung abgasarmer KFZ bis zu einer verbindlichen Lösung.
3. Einführung eines Tempolimits."

(-/25.3.1985/rs/ks)

+ + +

